Die Welt ringt ums Überleben

Nicht nur Tiere und die Natur sind existenziell bedroht, sondern auch die Menschheit. Auf einem Gipfel in Montréal soll nun die Wende gelingen. Antworten auf die wichtigsten Fragen

VON THOMAS KRUMENACKER

Wenn ab dem kommenden Mittwoch Regierungsvertreter aus fast 200 Staaten im kanadischen Montréal zusammenkommen, geht es um nicht weniger als die Rettung des Planeten. Wochen nach dem Klimagipfel in Ägypten will die Staatengemeinschaft die Wende in der zweiten ökologischen Krise einläuten – dem Artensterben. Bis zum 19. Dezember soll es einen seit mehr als zwei Jahren überfälligen neuen Vertrag zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Natur geben. Einem „Montréal-Abkommen“ wird eine ähnlich bahnbrechende Bedeutung zugemessen wie dem Pariser Abkommen für den Klimaschutz. Doch ob in Kanada wirklich ein Naturschutzpakt geschmiedet werden kann, ist auch nach mehrjährigen Vorverhandlungen offen. Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Gipfel.

Worum geht es?

Das angestrebte globale Biodiversitätsrahmenabkommen (Global Biodiversity Framework, GBF) soll den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Natur auf der Erde für den Rest des Jahrzehnts regeln und die Weichen für die Zeit danach stellen. Ziel ist es, bis 2030 den Artenverlust und die Zerstörung von Ökosystemen zu stoppen und die Natur auf einen Pfad der Erholung zu bringen. Es geht um grundlegende Spielregeln für den Umgang mit Wildtieren, Pflanzen und Lebensräumen. Ein erster Entwurf enthält dazu insgesamt 22 Einzelziele von Jagd und Fischerei über Vorgaben zum Einsatz von Pestiziden und Düngern bis zu Regeln für eine Verteilung von Profiten, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen erwachsen. Darüber hinaus sollen die Schutzgebiete an Land und in den Meeren auf 30 Prozent der Erdoberfläche ausgeweitet werden. Im besten Fall leitet das Abkommen ein Ende des Artensterbens ein, bringt eine Wende im Kampf gegen die Zerstörung von Regenwäldern und anderen Lebensräumen und verteilt Nutzen und Lasten aus der Naturnutzung zwischen reichen und armen Ländern gerechter.

Wer verhandelt?

Die Verhandlungen finden im Rahmen der UN-Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) statt, der mit 196 Staaten fast alle Länder der Erde beigetreten sind. Die CBD ist eine von drei UN-Umweltkonventionen, die beim „Erdgipfel“ 1992 in Rio de Janeiro auf den Weg gebracht wurden. Drei Schwesterabkommen sollten den Kampf gegen existenzielle Bedrohungen durch Umweltveränderungen voranbringen, die durch menschlichen Einfluss ausgelöst wurden. Neben der Biodiversitätskonvention sind das die vor allem für die Ernährungssicherheit wichtige Konvention gegen Wüstenbildung (UNCCD) und die Klimarahmenkonvention (UNFCCC).

Ist es das erste Abkommen?

Nein. Die Montréal-Verhandlungen stehen in der Nachfolge der 2010 bei der 10. CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Japan verabschiedeten sogenannten „Aichi-Ziele“. Damals hatte sich die Staatengemeinschaft verpflichtet, die Wende in der ökologischen Krise bis 2020 zu schaffen. Alle 20 Einzelziele wurden aber verfehlt. Weder konnte das Artensterben gestoppt oder die weltweite Belas-

tung mit Schadstoffen auf ein verträgliches Maß reduziert werden, noch gelang es, Fischfang und Jagd nachhaltig zu gestalten oder die Zerstörung von Wäldern und anderen Lebensräumen zu stoppen. Im Gegenteil: „Der Verlust an biologischer Vielfalt hat ein beispielloses Tempo erreicht“, fasste die Generalsekretärin der CBD Elizabeth Mrema bei der Vorstellung des Berichts zusammen. „Das Leben auf der Erde als Ganzes ist in Gefahr.“ Auch wegen dieses Scheiterns stehen die Staaten diesmal unter Erfolgsdruck.

Welche Ziele sind zentral?

Als „Vision“ haben die UN postuliert, dass die Menschheit bis zur Jahrhundertmitte „im Einklang mit der Natur“ lebt. Um das zu erreichen, soll beispielsweise der Neueintrag von Plastikmüll in die Umwelt bis 2030 gestoppt werden. Die Belange des Naturschutzes sollen in allen Ländern bei Planungsprozessen von Beginn an berücksichtigt werden. Verbliebene Wildnisgebiete der Erde sollen erhalten bleiben. Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen 20 Prozent der geschädigten Land-, Meeres- und Süßwasserökosysteme renaturiert werden.

Als ähnlich bedeutend wie die 1,5-Grad-Grenze im Klimaschutz wird das Ziel angesehen, mindestens 30 Prozent der Erde unter „wirksamen“ Schutz zu stellen. Dafür haben sich bereits 110 Staaten ausgesprochen, doch um die konkrete Ausgestaltung wird gerungen. So ist ungeklärt, welche menschliche Nutzung in diesen neuen Schutzgebieten erlaubt sein soll. Als entscheidend gilt auch eine Einigung über die Finanzierung des Abkommens und die Frage, wie Entwicklungsländer an Profiten beteiligt werden, die aus der Nutzung genetischer digitaler Sequenzinformationen beispielsweise von Pflanzen durch die Pharmaindustrie entstehen.

Wichtig ist auch zu kontrollieren, dass die Ziele umgesetzt werden. Dazu gibt es separate Vereinbarungen. „Wir können nicht nach Hause gehen mit einer wenig ambitionierten Vereinbarung, die Ziele und Umsetzungs- und Kontrollmechanismen nicht klar benennt“, sagt die deutsche Delegationsleiterin Inka Gnittke.

Wie stehen die Chancen?

Eigentlich hätte das Abkommen schon im Herbst 2020 unter dem Vorsitz Chinas verabschiedet werden sollen. Doch die Corona-Pandemie hat den Prozess verzögert. Hoffnungen, dass die so gewonnene Zeit Fortschritte für ein weitreichendes Abkommen bringen könnte, haben sich aber zerschlagen. Auch der Krieg in der Ukraine und die weltweite Inflation belasten die Verhandlungen. Für viele Entwicklungsländer hat sich die Schuldenkrise zugespitzt, sodass der Spielraum für Investitionen schrumpft.

Die Arbeiten am Textentwurf für das Abkommen verliefen bis zuletzt schleppend. Noch Tage vor Beginn des Gipfels sind alle wesentlichen Punkte strittig. Es gilt das Prinzip, dass keines der einzelnen Ziele beschlossen ist, bis nicht das ganze Paket beschlossen ist. Zudem herrscht Einstimmigkeitsgebot. Damit läuft alles auf einen Verhandlungsmarathon zwischen den mehr als 100 Ministerinnen und Ministern zu, die sich zur Schlussphase angesagt haben. Mit dem Zustandekommen eines Abkommens kann gerechnet werden. Ob es ausreichen wird, um die Artenkrise zu stoppen, ist offen.

Was ist besonders umstritten?

Der vielleicht größte Brocken auf dem Weg zu einem Abkommen ist das Geld. Vor allem die südlichen Regionen der Erde bestehen darauf, für den Verzicht auf eine weitere Ausbeutung beispiels-

weise des Amazonas-Regenwaldes entschädigt zu werden. Den Ländern der Südhalbkugel kommt besondere Bedeutung zu, weil sich dort großflächig Hotspots der Artenvielfalt erhalten haben, während der natürliche Reichtum in den entwickelten Ländern des Nordens vielfach auf Reste zusammengeschrumpft ist. Entwicklungsländer fordern Unterstützungszahlungen von 100 Milliarden Dollar jährlich aus den Industriestaaten. Dem stehen bisher Zusagen von weniger als zehn Milliarden gegenüber.

Welche Rolle spielt Deutschland?

Mit Ausgaben von rund 800 Millionen Euro pro Jahr etwa für den Erhalt ökologisch besonders wertvoller Schutzgebiete oder für Projekte zur Renaturierung gestörter Ökosysteme in Afrika und Lateinamerika ist Deutschland einer der größten Geldgeber im Naturschutz. Allerdings treibt die Nachfrage nach Rohstoffen wie Holz und Produkten wie Soja, Palmöl und Rindfleisch aus Deutschland und anderen entwickelten Ländern die Umweltzerstörung im Süden an. Bundeskanzler Olaf Scholz hat zuletzt mit der Ankündigung ein Ausrufezeichen gesetzt, die bisherigen direkten Hilfen für den Naturschutz in Entwicklungsländern bis 2025 auf 1,5 Milliarden Euro jährlich aufzustocken. Deutschland ist damit Vorreiter. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hat eine Unterstützung für „ehrgeizige Ziele“ angekündigt.

Wie geht es der Natur weltweit?

Katastrophal – das zeigen alle Forschungsergebnisse. Wichtigste Grundlage für die Bewertung ist eine Zusammenschau des Weltbiodiversitätsrates IPBES. Darin kommen die Expertinnen und Experten zu dem Ergebnis, dass das Tempo des weltweiten Artensterbens zehn- bis hundertmal höher ist als im Durchschnitt der vergangenen zehn Millionen Jahre. Innerhalb der nächsten 80 Jahre – also einer menschlichen Lebensspanne – könnten dem Bericht zufolge eine Million Arten aussterben, wenn nicht energisch gegengesteuert wird. Das entspräche jeder achten Art, die schätzungsweise existiert. Auch auf europäischer und nationaler Ebene belegen wissenschaftliche Analysen, wie verheerend es um die Natur steht. Erst vor wenigen Wochen warnten Wissenschaftler in einem globalen Bericht zur Lage der Vögel weltweit, dass jeder achten Vogelart das Aus droht. „Nie ging es den Vögeln auf der Erde schlechter als heute“, heißt es in dem Bericht. Vögel gelten als besonders gute Indikatoren des Zustands von Ökosystemen.